

Dringliche Motion Fraktion Mitte (Lionel Gaudy, Mitte): Erweiterte Aussenbestuhlungen in Bern – damit möglichst viele gastgewerbliche Betriebe die Pandemie überleben!

Das Regierungsstatthalteramt hat beschlossen, dass die erweiterten Aussenbestuhlungsflächen in der Stadt Bern per 1. März 2022 zurückgebaut werden müssen. Diese wurden durch den Gemeinderat im Rahmen von Sofortmassnahmen gegen die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie durch den bewilligt und dienen primär einem übergeordneten wirtschafts-politischen Interesse. Die durch die pandemisch motivierten Massnahmen des Bundesrats sehr stark betroffenen Gastronomiebetriebe sollten dadurch etwas entlastet werden. Als existenzsichernde Massnahme sollen die erweiterten Aussenbestuhlungsflächen den Betrieben primär dabei helfen, möglichst rasch wieder auf einer finanziell stabilen Grundlage zu wirtschaften. Viele Betriebe mussten sich hoch verschulden und die Umsätze sind nach wie vor weiter unter denjenigen, welche vor der Pandemie erzielt werden konnten.

Die Mitte fordert den Gemeinderat dazu auf:

1. Sich im Kanton dafür einzusetzen, dass die Kompetenz zur Bewilligung von Aussenbestuhlungsflächen bei der Stadt Bern angesiedelt wird.
2. Dafür zu sorgen, dass das bis Ende Februar bestehende Regime der Bewilligung von erweiterten Aussenbestuhlungsflächen im Rahmen einer Übergangsfrist bis Ende August 2023 fortgesetzt wird.
3. Beim Regierungsrat des Kantons Bern dahingehend zu intervenieren, dass der Entscheid rückgängig gemacht wird.
4. Für die Einleitung eines gassenweisen Baubewilligungsverfahrens zur Vergrösserung der nach der Corona Pandemie bestehenden Aussenbestuhlungsflächen zu sorgen.

Begründung der Dringlichkeit

Ein grosser Teil der gastgewerblichen Betriebe in der Stadt Bern hat durch die Folgen der Corona Pandemie bereits stark gelitten. Einer der wirtschaftspolitischen Massnahmen des Gemeinderats zur Förderung des Gastgewerbes ist die erleichterte Bewilligung von erweiterten Aussenbestuhlungsflächen. Viele gastgewerbliche Betriebe sind auch im Sommer 2022 diese flankierende Massnahme angewiesen, um beispielsweise Schulden abzubauen oder die im Vergleich zum Zeitraum vor der Pandemie weiterhin tieferen Umsätze auszugleichen. Dieses Regime soll nun per sofort aufgehoben werden – damit die gastgewerblichen Betriebe mit Sitz in der Stadt Bern nicht äusserst stark darunter leiden müssen, soll der Gemeinderat noch diesen Frühling zum Handeln aufgefordert werden.

Bern, 03. März 2022

Erstunterzeichnende: Lionel Gaudy

Mitunterzeichnende: Milena Daphinoff, Sibyl Martha Eigenmann